

Rechtsprechung

Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Überzahlung einer Versichertenrente auf das Konto des Sohnes des Verstorbenen – Rückforderung vom Kontoinhaber nach Auflösung des Kontos – hier keine Sperrwirkung des Anspruchs nach § 96 Abs. 3 SGB VII gegenüber dem Anspruch aus § 96 Abs. 4 SGB VII – Anforderungen an die Befreiung von der Rücküberweisungspflicht bei einer Bank – Urteil des Hessischen LSG vom 25.08.2020 – L 3 U 73/19 – DOK 143.27 [93 - 109](#)
2. Entziehung einer Rente wegen Wegfall der MdE – Verstoß gegen die Gewährung rechtlichen Gehörs – 7-Tage-Frist für Stellungnahme zu umfangreichem psychiatrischem Gutachten ist zu kurz – Gericht benennt exakte Anforderungen an den Nachweis wesentlicher Änderungen bei einer psychischen Erkrankung – für die MdE-Bewertung sind nicht medizinische Diagnosen, sondern Funktionseinschränkungen entscheidend – Fehleinschätzungen bei der ursprünglichen Anerkennung einer PTBS dürfen nicht mit dem Argument einer „Verschiebung der Wesensgrundlage“ „korrigiert“ werden – auch sekundäre Verschlimmerung der anerkannten PTBS denkbar – bei nicht abgrenzbarer Beteiligung eines unfallfremden Gesundheitsschadens muss es bei der Entschädigung des anerkannten Unfallereignisses bleiben, aufgrund des in der ges. Unfallversicherung geltenden Alles-oder-Nichts-Prinzips – bei fehlender Sachkunde ist es dem Tatsachengericht verwehrt, medizinische Bewertungen selbst vorzunehmen – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 10/19 R – DOK 143.265:375 [110 - 123](#)
3. Tödlicher Verkehrsunfall – Klage der Hinterbliebenen auf Feststellung des Vorliegens eines Arbeitsunfalls – Klage unzulässig – kein Feststellungsinteresse nach § 55 Abs. 1 SGG – Klage zudem unbegründet – kein versicherter Wegeunfall – Nutzung der Route des üblichen Heimwegs alleine reicht nicht zur Feststellung des Zusammenhangs – Handlungstendenz nicht mit Vollbeweis feststellbar – bindende Feststellung des LSG – Überprüfung durch Revisionsgericht nur eingeschränkt möglich – Abwägungsergebnis des LSG revisionsrechtlich nicht zu beanstanden – Grundsätze der materiellen Beweislast – Unaufklärbarkeit geht zu Lasten der Klägerin – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 9/19 R – DOK 185.1:372.1:374.2 [124 - 133](#)

4. Einführungsseminar bei einem Jugendfreiwilligendienst – Unfall einer 16-jährigen Seminarteilnehmerin nach Seminarende auf einer Hüpfburg innerhalb des Schulungsgeländes – grundsätzlicher Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bejaht – hier zwar Freizeitunfall, aber Unfall infolge spielerischen Verhaltens – Ausgesetztsein besonderer, dem Seminarbetrieb zuzurechnender Gefahren – bei Kindern und Jugendlichen ist ausnahmsweise abzustellen auf den kausalen Ursprung der zum Schaden führenden Handlung, statt auf den finalen Zweck der Verrichtung – Urteil des BSG vom 06.10.2020 – B 2 U 13/19 R – DOK 311.01: 374.2868 [134 - 142](#)

Literatur

5. Kritik an der Auffassung von Spellbrink zu den Voraussetzungen des Arbeitsunfalls – systematisch präsentiert und exemplarisch dargestellt an den Beweisanforderungen bei einer posttraumatischen Belastungsstörung – Hinweis auf Aufsatz von Martin Forchert, Der Erstscha-den als Voraussetzung des Arbeitsunfalls, MedSach 117 1/2021 Seiten 14-27 – DOK 370.1:371 [143](#)
6. Entstehung und Grundzüge der neuen MdE-Eckwertetabelle – Rechtsqualität der MdE-Tabelle und konsentierter aktueller Erkenntnisstand – Hinweis auf Aufsatz von von Marcus Schiltenswolf, Michael Wich und Dirk Scholtysik, Die neue MdE-Eckwertetabelle der DGUV – Wissenschaftlicher Erkenntnisstand und Umsetzungsempfehlung, MedSach 116 5/2020, Seiten 219-222 – DOK 451 [144](#)